

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr. Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.

Befehlenungen nehmen alle Postanstalten und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Postamt Nr. 3, entgegen. In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluß Nr. 224.

Amliches

Publikations-Organ



für Amts- und

Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Meter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Reklameteil 30 Goldpfennig, einseit. Umfassung. Späterer und tabellarischer Satz mit Zuschlag.

Anzeigenannahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbez. Halle.

Nr. 107.

Dienstag, den 6. September 1932.

35. Jahrg.

Die neue Notverordnung!

„Verordnung des Reichspräsidenten zur Belebung der Wirtschaft.“

Die „Verordnung des Reichspräsidenten zur Belebung der Wirtschaft“ wurde kurz nach ihrer Unterzeichnung durch den Reichspräsidenten im Reichsgesetzblatt veröffentlicht. Das Verordnungswort ist das größte oder bisher erlassene und umfaßt sieben Seiten im Gesamttext. Es gliedert sich in vier Teile, und zwar:

1. Entlastung der Wirtschaft,
2. Sozialpolitische Maßnahmen,
3. Kreditpolitische Maßnahmen,
4. Finanzpolitische Maßnahmen.

Das Kernstück bildet die vom Reichspräsidenten in München angeordnete Ermächtigung zur Einführung von Steuererleichterungsmaßnahmen in Höhe von 1,5 Milliarden Mark sowie zur Aussetzung von Prämien in Höhe von insgesamt 700 Millionen Mark für Neueinstellung von Arbeitskräften, d. h. je Neueinstellung 400 Mark jährlich. Der Stichtag für die Aussetzung dieses Programms ist der 1. Oktober 1932.

Die Notverordnung wurde mit folgender

amtlichen Mitteilung

der Öffentlichkeit übergeben:

Alle feierlichen Bemühungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit haben keinen durchgreifenden Erfolg gehabt. Die Reichsregierung mußte sich daher zu weitgreifenden und einschneidenden Maßnahmen entschließen. Diefem

Kampf gegen die Arbeitslosigkeit

soll neben anderen in Vorbereitung befindlichen Maßnahmen die Verordnung vom 4. September 1932 dienen. Die bisherigen Erfahrungen haben ergeben, daß eine nach große Ausdehnung der öffentlichen Aufträge für sich allein niemals ein solches Maß an Arbeit schaffen kann, wie es zur wirksamen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erforderlich ist. Neben einer Erweiterung des Programms für öffentliche Arbeiten, dessen Bedeutung durch die Maßnahmen der Regierung durchwegs anerkannt wird, müssen deshalb wirksame Maßnahmen zur Belebung der Privatwirtschaft

treten. Die Regierung trifft diese Maßnahmen, weil sie überzeugt ist, daß die Privatwirtschaft noch immer den besten Weg für eine rationelle Verknüpfung der wirtschaftlichen Bedürfnisse der Menschen darstellt und daß es deshalb darauf ankommt, die in ihr schlummernden Kräfte zu wecken.

Alle Maßnahmen der Regierung haben den Zweck, die wirtschaftliche Not des deutschen Volkes nach Kräften zu beheben und zu lindern. Dieses Ziel würde nicht erreicht werden, wenn die zu ergreifenden Schritte im früheren Verlauf zu wirtschaftlichen Rückschlägen führen könnten. Deshalb muß alles vermieden werden, was die

Stabilität der Währung

irgendwie beeinträchtigen könnte; die wirtschaftlichen Bestimmungen der Verordnung sind in enger Zusammenarbeit mit der Reichsbank ausgearbeitet worden.

Die Lebenshaltung und die Konsumkraft der breiten Schichten der Bevölkerung ist infolge der Deflation tief gesunken. Diese Entwertung läßt sich wirksam nur bekämpfen durch eine

grundlegende Besserung der Lage des Arbeitsmarktes.

Die Verordnung gewährt deshalb der Wirtschaft nur dort Erleichterungen, wo eine unmittelbare Belebung der Produktion und damit des Arbeitsmarktes mit Sicherheit zu erwarten ist. Hieraus erwächst der Privatwirtschaft die Verpflichtung, alles zu tun, um zunächst den Produktionsapparat für die zu erwartenden Aufgaben in Stand zu setzen. Sie muß sich dieser Verpflichtung bewußt sein und danach handeln.

Bei der jetzigen Wirtschaftslage gilt es, den nach Erreichung des Tiefpunktes der Krise zu erwartenden natürlichen Aufschwung der Wirtschaft vorzubereiten.

Hierzu dient zunächst das umfassende Programm für die

Bornahme öffentlicher Arbeiten.

Das mit der neuen Verordnung verbunden ist. Der Öffentlichkeit ist nicht genügend bekannt, daß die ursprünglich hierfür vorgesehenen Mittel inzwischen sehr erheblich erhöht worden sind. Es kann auf einen Gesamtaufwand der öffentlichen Stellen für solche Zwecke von nahezu 2 Milliarden Mark in den nächsten Monaten gerechnet werden. Die Einsetzung dieser Mittel wird eine unmittelbare wirksame Wirkung

Nachfrage nach wichtigsten Produktionsmitteln hervorgerufen und damit einen weit über den Kreis der beteiligten Wirtschaftskreise hinausreichenden belebenden Einfluß auf die gesamte Wirtschaft ausüben.

Diesem von den öffentlichen Aufträgen ausgehenden Antrieb der Volkswirtschaft wird nun auf breiter Grundlage ein für die Privatwirtschaft bestimmter Antrieb hinzugefügt.

Die Beschäftigungsprämie.

zu der sich die Regierung trotz mancher Bedenken entschlossen hat, wird insbesondere den kleineren und mittleren Betrieben, die verhältnismäßig zahlreiche Arbeiter beschäftigen, zugute kommen. Sie bietet einen starken Anreiz auf erweiterte Beschäftigung der Arbeiter. Sie wird weiter eine billigere Kostenberechnung ermöglichen, damit Preissteigerungen vorgehen und die Verbreiterung des Absatzes fördern. Die Beschäftigungsprämie bedeutet endlich eine sehr fühlbare

Entlastung aller öffentlichen Haushalte,

besonders der Haushalte der Gemeinden von den Kosten der Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung.

Die Beschäftigungsprämie allein würde sich nicht ausreichend auswirken können, solange die Unternehmer mit ständig steigenden Verlusten arbeiten müssen.

Die vorgeesehenen Steuererleichterungen.

die sich nicht auf Einkommen- und Vermögenssteuern, sondern ausschließlich auf unmittelbar auf der Produktion ruhenden Steuern beziehen, sollen die Voraussetzungen dafür schaffen helfen, den Umfang der Produktion zu erhöhen und die Arbeitsgelegenheiten dadurch zu vermehren. Die Befreiung der Beförderungsteuer für ein Jahr wird sich in voller Höhe in zusätzlichen Aufträgen der Reichsbahn auswirken. Die Wiedereinrichtung der Umsatzsteuer wird nur deshalb gewährt, weil diese Steuer nur diejenigen trifft, die Umsätze machen und dadurch die Erzeugung fördern. Die Herabsetzung der Grundsteuer — neben der Bereitstellung von bis zu 50 Millionen Mark als Zuschuß zu

Reparaturen für den Hausbesitz

— soll in erster Reihe dazu dienen, die finanziellen Voraussetzungen für die Wiederherstellung der seit Jahren stark vernachlässigten städtischen und ländlichen Gebäude zu schaffen. Es war rechtlich nicht durchführbar, die Vergünstigung von der Übernahme der Reparaturen unmittelbar abhängig zu machen; es muß aber erwartet werden, daß die freigemachten Beträge diesem Zwecke zugeführt werden. Die Rückvergütung auf Gewerbesteuren endlich bedeutet eine stark wirksame Entlastung der Produktion.

Die für ein Jahr gewährten Steuererleichterungen sind ein vorübergehender, aber ein für alle fünfzig Jahre. Dieser Vorgriff ist unbedenklich. Die in Betracht kommenden, auf eine Reihe von Jahren verteilten Beträge sind, gemessen am Umfang des Reichshaushalts, verhältnismäßig unbedeutend. Ferner ist damit zu rechnen, daß die Steuererleichterungen nach Überwindung der Wirtschaftskrise reichlich zu fließen werden und daß dann die geplante Reform der öffentlichen Verwaltung sich in einer wesentlichen Senkung der Ausgaben auswirkt haben wird.

Von der Privatwirtschaft wird erwartet, daß sie durch Vergebung von Reparaturaufträgen, Durchführung privater und öffentlicher Arbeiten und sonstige zusätzliche Produktion die Arbeitsmöglichkeiten bald und erheblich steigert. Dazu bedarf sie in den meisten Fällen neuer zusätzlicher Kredite. Die Unterlagen hierfür bieten

Die Steuergutscheine.

Diese werden deshalb zum Lombard bei der Reichsbank zugelassen. Sie werden darüber hinaus aber auch als Unterlage für zukünftigen Diskontkredit bei den Banken und bei der Reichsbank dienen. Ferner werden sie an den Börsen gehandelt werden.

Das Wirtschaftsprogramm kommt in erster Linie den mittleren und kleineren Betrieben zugute, weil sie am frühesten und stärksten an der Belebung der Wirtschaft beteiligt sein werden.

Der Schlüssel für den gewerblichen Mittelstand dienen auch die Bestimmungen der Verordnung, nach denen erhebliche Beträge für langfristige Kredite an mittlere und kleinere Betriebe sowie für gewerbliche Kreditgenossenschaften und Konsumgenossenschaften, die das Depozitengeschäft betreiben, zur Verfügung gestellt werden.

Für die Landwirtschaft

wird die Notverordnung in doppelter Hinsicht erleichternd wirken. Der unmittelbare Entlastung dient die Ausgabe von Steuergutscheinen in Höhe von 40 Prozent des Steuerbetrages bei der Grundsteuer und die Aufhebung der Umsatzsteuer für pasteurisierte Milch. Mittelbar wird sich das ganze Wirtschaftsprogramm durch

Schaffung von Kaufkraft

belebend auf die landwirtschaftlichen Warenmärkte auswirken. Darüber hinaus hat die Reichsregierung grundsätzlich die Anwendung von Kontingenten zur Entlastung des deutschen Marktes von übermäßiger landwirtschaftlicher Einfuhr beschlossen. Zur

Durchführung dieser Kontingenterung,

die mit größter Beschleunigung erfolgen soll, wird mit den hauptberuflichen Ländern in Verbindung getreten werden. Ferner wird auf eine

fühlbare Ermäßigung der Zinssätzen

hingearbeitet. Dies gilt nicht nur für den Personal-, sondern auch für den Realzins. Diese Maßnahmen müssen schnell in Gang kommen, da gegenwärtig 60 Prozent des Kleinbetriebes, 70 Prozent des Mittelbetriebes und 80 Prozent des Großbetriebes ihre Zinsen nicht mehr aus dem Betriebserträgen zahlen können, sie vielmehr aus der Substanz leisten.

Die in der Verordnung zusammengefaßten Maßnahmen stellen den Anfang einer umfassenden, auf Verminderung der Arbeitslosigkeit gerichteten Wirtschaftspolitik dar. Sie werden in gerechter und insbesondere die sozialen Gesichtspunkte sorgfältig berücksichtigender Weise durchgeführt werden. Sie bedürfen deshalb zahlreicher Durchführungsbestimmungen, bei deren Beratung den beteiligten Kreisen, namentlich Arbeitgeber und Arbeitnehmern, Gelegenheit zur Mitarbeit gegeben werden wird.

Einzelnheiten der Notverordnung.

1. Entlastung der Wirtschaft.

Ein Ausgleich zwischen den Interessen der öffentlichen Hand und denen der Wirtschaft ist durch das

System der Steuergutscheine

gefunden worden. Solche Steuergutscheine erhält jeder, der in der Zeit vom 1. Oktober 1932 bis zum 30. September 1933 gewisse Steuern zahlt. Sie können in den Jahren 1934 bis 1939 in einem noch näher zu erläuternden Umfang für Reichsteuern in Zahlung gegeben werden. Gleichzeitig bieten sie aber mit sofortiger Wirkung — und darin liegt das Entscheidende — geeignete Kreditunterlagen für neue Geschäfte.

Als Maßnahme für die Ausbildung von Steuergutscheinen sind besonders produktionsbenennende Belastungen gewählt worden,

die Umsatzsteuer und die Kreissteuer

(Grundsteuer und Gewerbesteuer).

Steuergutscheine sollen in Höhe von 40 Prozent in der Zeit vom 1. Oktober 1932 bis 30. September 1933 fällig gemindert und entlasteter Umsatzsteuer, Gewerbesteuer und Grundsteuer gegeben werden.

Der also in der fraglichen Zeit 1000 Mark Umsatzsteuer, 200 Mark Grundsteuer und 400 Mark Gewerbe-

steuer zahlt, bekommt 640 Mark Steuerzuschüsse. Die Steuerzuschüsse werden auch als Kreditunterlagen für den in vielen Fällen zu bringenden erforderlichen Reparaturbedarf verwendet werden können. Gleichzeitig mit den für Hausreparaturen besonders günstigen 50 Millionen Mark wird das auf diesem Gebiete einen starken Anreiz geben und insbesondere für

die mittleren und kleinen Gewerbe (Handwerk) vermehrte Arbeitsmöglichkeit

verschaffen. Neben diesen drei Steuern (Umzugssteuer, Grundsteuer, Gewerbesteuer) tritt als vierter Maßstab die Beförderungsteuer hinzu, die jetzt im wesentlichen nur noch von der Reichsbahn entrichtet wird. Nach den Ergebnissen der vergangenen Monate ist mit einem Aufkommen von nicht viel mehr als 170 Millionen Mark zu rechnen. In dieser Höhe wird die Reichsbahn aber durch die Ausbesserung der Eisenbahnanlagen die Lage verleiht, Aufträge zu vergeben. Den Gesamtetat der hiermit auszugebenden Steuerzuschüsse für Steuerzuschüsse kann man mit 1522 Millionen Mark, also mit etwas über anderthalb Milliarden annehmen. Was

das technische Verfahren anlangt, so werden die Steuerzuschüsse von der Finanzkasse des Finanzamtes, das für die Bekämpfung des Steuerpflichtigen nach dem Umzugssteuergesetz zuständig ist, oder, wenn er zwar keine Umzugssteuer, aber Grundsteuer zu zahlen hat, von der Finanzkasse seines Wohnortes über des Finanzamtes der Gesellschaft auf Antrag des Steuerpflichtigen ausbezogen. Der Antrag muß bis zum 31. März 1934 gestellt sein. Das einzelne ist in der Verordnung geregelt. Was

die Ausgestaltung der Steuerzuschüsse anlangt, so lauten sie auf den 3. Jahrestag. Sie werden in Beträgen von 50, 100, 200, 1000, 10 000 und 20 000 Mark ausbezogen. Solange ein Steuerpflichtiger an Steuerzuschüssen für seine verschiedenen Steuerzuschüsse nicht 50 Mark bekommen hat, werden die entsprechenden Zuschüsse von 10 und 20 Mark erst zum Ablauf des in Betracht kommenden Jahres, also nach dem 30. September 1933, ausbezogen.

Außerdem werden die Steuerzuschüsse zu- sätzlich, die bisher 1 1/2 Prozent für den halben Monat betragen, auf 1 Prozent herabgesetzt. Die Umzugssteuer fällt für die Fakturierung der M.W. hiermit flucht die Regierung einem langbelegten Wunsch der Wirtschaft nach.

Für die Instandsetzung von Wohnungen werden 50 Millionen Mark bereitgestellt, um den Hausbesitzern Gelegenheit zu geben, Reparaturarbeiten vornehmen zu lassen. Anspruch auf diese öffentlichen Mittel soll der Hausbesitzer erhalten, der ein Betrag für die Hausreparatur auswirft, der ein Vielfaches des aus öffentlichen Mitteln geleisteten Betrages ausmacht.

Dem Ende der Krise entgegen.

Ministerreden zur neuen Notverordnung.

Reichswirtschaftsminister Professor Dr. Wernsdorff und Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krosigk machten über alle deutschen Sender Nachführungen zu dem letzten beabsichtigten Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung.

Dr. Wernsdorff betonte, die Reichsregierung betrachte es als ihre wichtigste und vorrangigste Aufgabe, den Lebensweg der deutschen Wirtschaft abzuklären, die Erwerbstätigkeit wieder zu beleben, der Arbeitslosigkeit zu steuern und damit die Lebenshaltung der breiten Schichten des Volkes zu verbessern. Ereignisse der letzten Monate ließen eine günstigere Beurteilung der Lage zu. Durch den Vertrag von Lausanne seien die äußeren Lasten des Reiches etwas abgeschwächt. Da auch in der Weltwirtschaft die ersten Anzeichen einer Wiederbelebung bemerkbar seien, könne davon gesprochen werden,

daß wir uns dem Ende der Krise nähern.

Es sei daher zu erwarten, daß die jetzt geplanten Maßnahmen Erfolg haben würden. Im Gegensatz zu allen früheren Maßnahmen, die sich in der Hauptsache auf die Vergebung öffentlicher Arbeiten beschränkt hätten, zielt das jetzige Programm vornehmlich auf eine Belebung der privaten Wirtschaft ab. Das Ziel einer baldigen Belebung der Wirtschaft sei nur zu erreichen, wenn es auf allen Seiten gleichzeitig verfolgt werde. Weitere Maßnahmen würden sich daher anschließen müssen. Die Reichsregierung werde dafür sorgen, daß die Verordnung in gerechter, die sozialen Verhältnisse sorgfältig berücksichtigender Weise durchgeführt werde.

Durch eine Disziplinierung hoffe man, im übrigen eine weitere Entlastung bringen zu können.

Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krosigk ergänzte die Ausführungen des Wirtschaftsministers vor allem nach der finanzpolitischen Seite hin. Eine endgültige Sanierung der öffentlichen Haushalte könne nur erreicht werden, wenn durch Belebung der Wirtschaft das Steueraufkommen gehoben und durch Drosselung der Arbeitslosigkeit die Ausgaben gekürzt würden. Es werde in den Jahren 1934 bis 1938 leichter sein, die Zuschüsse an Verzinsungen, die durch Einführung der Steuerzuschüsse entstehen werden, auszugleichen, als wenn durch Fortsetzung des Schrumpfungprozesses die Grundlagen für künftige Steuererträge völlig zerstört werden würden. Für die Frage, ob es gelinge, zu einer Belebung der Wirtschaft zu kommen, seien der richtige Zeitpunkt und die richtige Ausdehnung der Maßnahmen entscheidend. Da wir jetzt dem Tiefpunkt der Krise nähergekommen seien, wäre der gegenwärtige Zeitpunkt durchaus als geeignet anzusehen. Er schloß seine Ausführungen mit folgenden Worten: „Wir haben in der heutigen Verordnung des Reichspräsidenten ein Wirtschaftsprogramm vor uns, das zum erstenmal im Gegensatz zu den bisherigen Notverordnungen seine neuen Befähigungen, sondern im Gegenteil eine durchgreifende Entlastung bringt. Das große, hiermit verfolgte Ziel, die entsetzte Zahl von sechs Millionen Arbeits-

2. Sozialpolitische Maßnahmen.

Vom 1. Oktober 1932 bis 30. September 1933 werden Steuerzuschüsse für die Mehrbeschäftigung von Angestellten gewährt werden. Jeweils nach Ablauf eines Kalenderjahres muß der Arbeitgeber, der sich solche Steuerzuschüsse ausstellen lassen will, bei seinen zuständigen Finanzamt den notwendigen Antrag stellen. Der Antragsteller hat seine Angaben mit Unterlagen glaubhaft zu machen. Die Krankenkassen sind verpflichtet, den Finanzämtern bei Prüfung dieser Unterlagen Hilfestellung zu leisten. Dieser Teil der Notverordnung sieht auch die Fälle vor, die von dem Bezug der Steuerzuschüsse ausgenommen werden. Außerdem sind in diesem Teil Bestimmungen enthalten, gegen Umgehung der Vorschriften oder bei ihrer unredlichen Anwendung. Kommen solche Umgehungen oder Unredlichkeiten vor, so werden die Arbeitgeber von dem Bezug der Steuerzuschüsse ausgeschlossen.

3. Die kreditpolitischen Maßnahmen

umfassen mehrere Ermächtigungen für den Finanzminister, Garantien, die sich beziehen auf die Durchführung der Aktion für gewerbliche Kredit- und Konsumgenossenschaften, die das Kreditwesen fördern. Sie enthalten weiter die Bestimmung einer Vorfinanzierung auf das Aufkommen aus der Aufbringungsumlage der Industrie, die zum Teil für Kredite an das Kleingewerbe verwendet werden.

4. Sonstige finanzpolitische Maßnahmen.

Dieser Teil der Notverordnung ermächtigt die Gemeinden, im letzten Quartal des Kalenderjahres 1932

die Bürgersteuer

auf Grundlage der bisherigen Vorschriften in der Höhe der Hälfte des bisherigen Steuerbetrages, der auf die Einkommen aus dem Jahre 1930 zurückgeht, zu erheben. Hier sind zwei Erleichterungen zu treffen worden. Erstens wird der Zuschlag von 50 Prozent, den die Gemeinden für ihre Steuern zahlen müssen, besetzt. Zweitens wird die Steuergrundlage auf der die Bürgersteuer berechnet wird, generell um 25 Prozent gesenkt. Für das Jahr 1933 wird den Gemeinden ebenfalls die Erhebung einer Bürgersteuer gestattet, und zwar mit denselben Erleichterungen, wie sie schon im letzten Vierteljahr 1932 eintreten sollen. An die Stelle des bisher für ihre Steuern zahlen müssen, bis zum 30. März wird eine besondere Grenze eingeführt, die eine eventuelle Senkung der Steuer weiter ermöglicht. Schließlich wird in diesem Teil der Notverordnung bestimmt, daß die

Gehälter und die Pensionen bei staatlich subventionierten Unternehmungen gesenkt und den Gehältern angepaßt werden müssen, wie sie in der Reichsverwaltung für vergleichbare Dienstleistungen gezahlt werden.

tosen und die fürdrbare materielle und seelische Not, die sich in dieser Zahl ausdrückt, aufhebend zu vermindern, kann nur erreicht werden, wenn das ganze Volk bereit ist, an diesem Ziel mitzuarbeiten. Vor dem Ziel sollten

Parteigegenstände verschwinden.

Das Ziel kann nicht mit einem Schlag erreicht werden, sondern nur in intensiver, gemeinsamer Nacharbeit, im Zusammenwirken von Arbeitgebern, Arbeitnehmern und freitragenden Stellen der öffentlichen Hand. Es kommt jetzt nicht darauf an, ob mancher glaubt, ein besseres oder wirkungsvolleres Programm zu besitzen. Entscheidend ist, daß auf der Grundlage des jetzt geschaffenen Programms gehandelt und gearbeitet wird.

Die große Notverordnung.

Ein nicht mehr ganz unbegründetes Doffen geht durch die Welt. Das soll aber nicht heißen, daß besonders wir Deutsche die Tiefe der Depression, die ganze Wucht der Weltwirtschaftskrise unterschätzen oder schnell wieder vergessen, wenn jetzt in aller etwa hoffnungsloseren „Stimmung“ die gewöhnlichen Anstrengungen gemacht werden, die die Notverordnungen von uns verlangen! Auch wenn wir empfinden, daß der Wirtschaftskörper Deutschlands die Leibarbeit abgibt, beginnt, die ihn immer hoffnungsloser und verzweifelter werden läßt, so wird niemand glauben, daß nun Rückschläge ganz ausgeschlossen sind oder daß nur die Wirtschaft überall gleichzeitig und gleichmäßig oder gar mit raschen Schritten aus der dunklen Not der Depression herauskommen vermag.

Kritik auch an dem wichtigsten Teile des „Papensplans“ ist nicht ausbleiben, an jenen Maßnahmen nämlich, die kreditpolitisch die Wirtschaft wieder an vorwärtsstreben sollen. Diese Kritik richtet sich gegen den Grundgedanken der Notverordnung, daß für den Zweck der Wirtschaftsentwicklung der Staat seinen Kredit einsetzt, mithin selbst sich aktiv betätigt, — und nicht wartet, ob und bis allein von innen heraus die Wirtschaft endlich Herr aus dieser Krise wird! Wir können darauf nicht mehr warten! Wir dürfen darauf nicht mehr warten! Auch wenn schlußendlich ist, daß gerade der Weisheitstein dieser großen Wirtschaftskrise, die die Welt gefangen hat, gerade das ist, was die Wirtschaft überall gleichzeitig und gleichmäßig oder gar mit raschen Schritten aus der dunklen Not der Depression herauskommen vermag.

Kritik auch an dem wichtigsten Teile des „Papensplans“ ist nicht ausbleiben, an jenen Maßnahmen nämlich, die kreditpolitisch die Wirtschaft wieder an vorwärtsstreben sollen. Diese Kritik richtet sich gegen den Grundgedanken der Notverordnung, daß für den Zweck der Wirtschaftsentwicklung der Staat seinen Kredit einsetzt, mithin selbst sich aktiv betätigt, — und nicht wartet, ob und bis allein von innen heraus die Wirtschaft endlich Herr aus dieser Krise wird! Wir können darauf nicht mehr warten! Wir dürfen darauf nicht mehr warten! Auch wenn schlußendlich ist, daß gerade der Weisheitstein dieser großen Wirtschaftskrise, die die Welt gefangen hat, gerade das ist, was die Wirtschaft überall gleichzeitig und gleichmäßig oder gar mit raschen Schritten aus der dunklen Not der Depression herauskommen vermag.

phären Steuerzahlungen in Anrechnung gebracht werden“. Diese Vorbehalte von Steuererleichterungen mag man mit Recht oder Unrecht kritisieren, — aber auch nur der, von dem bessere und vor allem direkt zu verwirklichende Vorschläge anderer Art gemacht werden könnten, denn wir können und wir dürfen nicht noch länger damit warten!

Vom Deutschen Landgemeindefrat ist auch kritisiert worden, daß für die Belebung der Wirtschaft eine ganz andere Methode befolgt wird, als frühere Vorschläge dies beabsichtigten, also nicht oder vielmehr nur wenig in Form direkter Aufträge. Dies geschieht ja nur durch die Hofflandsaktion, für die von der Reichsbank etwa 200 Millionen Mark als Kredit langfristiger Art zur Verfügung gestellt wurden oder noch locker gemacht werden. Ob die Bedeutung, die gegen die direkte Hilfestellung an die Wirtschaft gerichtet werden, sich nun — später — als berechtigt bzw. unberechtigt herausstellen, wird im wesentlichen davon abhängen, wie die Verteilung dieser Hilfsmittel vor sich geht. Und — im Endeffekt — auch davon, daß diese 22 Milliarden nun auch wirklich mehr leisten, als nur 3. B. festgefrorene Kredite aufzutauen, also daß sie zu einer wirklichem Steigerung, zu einer Belebung der Wirtschaft führen!

Nach all der Weg, den wir zu gehen haben, ziemlich dunkel, aber er muß gewagt werden, weil die Zerschmetterung der Arbeitslosigkeit mahnd und drohend uns zum Weichwerden dieses Weges zwingt. Wir können nur hoffen, daß sich auf ihm recht bald das Licht eines Erfolges zeigt, mit dem zu rechnen heute keine Verhältnisse mehr ist.

Reichstag wahrscheinlich erst nächste Woche

Wenn der Reichstag wieder zusammentritt, steht immer noch nicht fest. Man nimmt jetzt an, daß die nächste Sitzung nicht mehr, wie ursprünglich geplant, in dieser Woche, sondern erst in der nächsten Woche stattfinden. Der Reichstag wird erst am Donnerstag oder Freitag aus Rendsburg nach Berlin zurückkehren, so daß der geplante Empfang des neuen Reichstagspräsidenten frühestens Ende dieser Woche stattfinden kann. Vor diesem Empfang, dem Zentrum und Nationalsozialisten große Bedeutung belegen, dürfte der nationalsozialistische Reichstagspräsident Göring seinen Termin festsetzen. Es kommt, daß die Parteien, die diese Woche dazu benützen wollen, um sich über die Stellungnahme zur neuen Notverordnung klar zu werden. Die Verhandlungen zwischen dem Zentrum und den Nationalsozialisten sind nach Abschluß des Katholikentages wieder in Gang gekommen. Welche Forderungen die Nationalsozialisten dabei an das Zentrum stellen, geht aus einer Rede des braunschweigischen Ministers Klagges hervor, in der er sagte, die neue Regierung, die sich auf das Zentrum und die Nationalsozialisten stütze, würde selbstverständlich nur im nationalsozialistischen Sinne regieren, der neue Reichstagsrat müsse ein Nationalsozialist sein. Es ist kaum anzunehmen, daß das Zentrum auf solche Forderungen eingehen, es wird vielmehr nationalsozialistischen Forderungen gegenüber nur unter sehr hohen Bedingungen, die dem Zentrum ein sehr starkes Mitspracherecht geben werden, so daß man von einem Regieren im nationalsozialistischen Sinne nicht mehr wird sprechen können.

Reichsbahnaufträge zur Wirtschaftsbekämpfung.

Bekanntlich erhält die Reichsbahn ebenso wie andere Betriebe die 400-Mark-Krämer bei Arbeitslosenfällen. Außerdem erhält sie aber durch das Arbeitsbeschaffungsprogramm auch Bar-mittel dadurch, daß die von der Reichsbahn in die Reichsstufe zu zahlende Beförderungsteuer in voller Höhe in Form von Steuerzuschüssen zurückvergütet wird. Die Beförderungsteuer wird für dieses Jahr auf 190 Millionen Mark festgesetzt. Für diese Summe erhält die Reichsbahn die entsprechenden Zuschüsse und man hofft, diese Zuschüsse mit 120 bis 150 Millionen Mark flüssig zu machen. In dieser Höhe können dann auch Neuaufträge gegeben werden. Beschlässe darüber sind noch nicht gefaßt.

Italien für die deutsche Gleichberechtigungsforderung.

Von zuständiger amtlicher Stelle in Rom wird die deutsche Gleichberechtigungsforderung für rechtlich unanfechtbar erklärt. Da demnach die Verhandlungsbedingungen wieder beginnen, hält Italien Genf für den geeigneten Verhandlungsort für diese deutsche Forderung.

„Schweigen und Zeit gewinnen.“

Die neue Pariser Parole.

Unter dem Zauserflab der Pariser „Pressepolitik“ hat sich die Entschlossenheit gegen den deutschen Schritt in der Gleichberechtigungsforderung nicht vermindert, wie sie aufgefaßt war. Damit soll selbstverständlich nicht gesagt sein, daß etwa ein Stimmungsumschwung eingetreten wäre. Die scheinbare Ruhe ist nur ein Anzeichen dafür, daß die französische Regierung in ihren äußerlich beschafften Verhandlungen mit den überbrachten Worten nicht gleichgültig sein will und sich in ihrem Zornemphase auf die Welterwartung eine Ruhe bewahrt. Hinter den Kulissen herrscht aber eine Tätigkeit, doch dringt darüber nichts in die Öffentlichkeit. In politischen Kreisen meint man, daß Kommentare zu den einzelnen Phasen des Meinungsaustrausches die Öffentlichkeit nur beunruhigen könnten. Frankreich sehe seinen Anstoß zur Eile und werde seine Beschlässe erst dann fassen, wenn der internationalen Boden vorbereitet ist. Jedenfalls lauter die Pariser Parole jetzt, „Schweigen und Zeit gewinnen.“ Um den aufgeklärten Nationalismus für die weitere Entwicklung der Dinge wachzuhalten, fahren die für diese Aufgabe „zuständigen“ Mitarbeiter des Stahlbebauungsamtes in Berlin fort, werden als Vorboten der deutschen „Reaktion“ darzustellen und den deutschen Volksgenossen als solchen für alle verangene, gegenwärtigen und zukünftigen Gefahren verantwortlich zu machen.

Kurze politische Nachrichten.

Reichspräsident von Hindenburg hat dem Leiter der Siemens-Kongress und Präsident des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahn Gesellschaft, Dr. Ing. h. c. Dr. rer. nat. h. c. Karl Friedrich von Siemens, anlässlich der Vollendung seines 60. Lebensjahres, in einem herzlichem Schreiben seine Glückwünsche ausgesprochen. Reichszanzler von Papen hat Dr. von Siemens zugleich im Namen der Reichsregierung telegraphisch aufrichtige Glückwünsche übermittelt.

Der Heilige Synod Bulgariens hat sich mit den Polizeibehörden in Verbindung gesetzt, um einen Sonderausflug für die Kirchhöfe zu erlangen. Es sind in der letzten Zeit zahlreiche Fälle politischer Störung vorgekommen; auf Befehl der illegalen „Gottlosenkomitees“, die es an allen großen Plätzen Bulgariens gibt, werden auf den Gräbern der Kommunisten nachsichtlos die Grabkreuze entfernt und durch Holzstämme ersetzt, die mit Sichel und Hammer geschnitten sind.

Am 1. September wird in sämtlichen Cafés, Bars und Restaurants Rom von jedem Gast, der etwas verzehrt, ein Betrag von fünf Centimes zugunsten der italienischen Unterstützungsbewegung erhoben.

Wachsende Notlage der Rentner.

Reichspräsident von Hindenburg hat dem Reichszanzler, in einem Schreiben an den Reichszanzler geht der Präsident des deutschen evangelischen Kirchenrats, D. Dr. K. K. K. K., auf die durch die jüngsten Kürzungen der Unterstützungssätze verursachte Not der Rentnerempfänger ein. Vor allem in den Industriegebieten hätten die evangelischen Pastoren einen erschütternden Eindruck von der bis zur Unkenntlichkeit gestiegenen Zahl der verschiedenen Gruppen der Rentnerempfänger. Eine selbstverständliche Kirchenregierung habe den Kirchenratspräsidenten gebeten, bei den zuständigen Stellen zwecks Abmilderung der Not mit Entschiedenheit vorzutreten zu werden. Die Antragsteller seien überzeugt, daß derartige Entbittungen nur auf allerhöchster Zeit getragen werden könnten und auch nur dann, wenn alle Kräfte unseres Volkes zu ähnlichen Opfern bereit und fähig seien. Der Kirchenratspräsident richtete an den Reichszanzler die dringliche Bitte, aus den Anträgen den Ruf zur Hilfe für die von bitterer Not betroffenen Volksteile zu vernehmen und ihnen unübel bald Folge zu geben.

In seiner Antwort betonte Reichszanzler v. Papen, wie besonders schmerzlich es für die Reichsregierung gewesen sei, daß sie trotz ihrer Mitsamtrier die Beschlüsse der Sozialrentner und Kriegsschädigten habe herabmindern müssen. Die Reichsregierung habe sich zu diesem Schritt nur deshalb entschlossen, weil es zur Aufrechterhaltung der Richtigkeit für die Sozialrentner und Kriegsschädigten in ihrer Gesamtheit keinen anderen Weg gegeben habe. Sobald sich aber die Wirtschaftslage bessere, werde die Reichsregierung prüfen, wo sich die Rente der Sozialrentner und Kriegsschädigten mindern lassen würde. Der Sozialrentner und Kriegsschädigten werde die Möglichkeit der Sozialversicherung zu vereinfachen und zu verbilligen, um von den so beschränkten Mitteln möglichst viel für die Rentner freizumachen.

Forderungen der Landwirtschaft.

Der Reichslandbau und wirtschaftlichen Lage. Der Bundesvorstand des Reichslandbundes hat eine Entschließung gefaßt, in der es heißt: Die Wiederherstellung der deutschen Landwirtschaft als des Hauptnahrungsmittels und des Haupterwerbszweigs der deutschen gemessenen Produktion ist Angelpunkt jeden Lebensbeschaffungsprogramms. Die Landwirtschaft muß feststellen, daß die Reichsregierung die Waffe des Einfuhrzollens zum Schutz der nationalen Produktion in dem durch die Notlage der Landwirtschaft gebotenen Umfang noch immer nicht anwendet. Während dem Grundbesitz des Schutz der heimischen Produktion gegenüber gewissen Industriezweigen in hohen Umfängen Rechnung getragen ist, wird der Landwirtschaft, insbesondere der Viehwirtschaft, der längst als notwendig anerkannter Schutz noch immer nicht angedacht. Gleiche Einseitigkeit zugunsten der Landwirtschaft zeigt das Regierungsprogramm bei dem Ausmaß der vorgeschlagenen Lastenerleichterung. Die Arbeitsbeschaffungspläne der Regierung geben nicht nur der Landwirtschaft keine Möglichkeit, durch Senkung ihrer Kaufkraft bedingt auf den Gesamtmarkt zu wirken, sondern sie verformen sogar die Produktion der landwirtschaftlichen Produktion in dem bisherigen Ausmaß zu sichern. Jede Reichsregierung, die sich nicht zu der wahrhaft konservativen Führerschaft durchdringt, die deutsche Landwirtschaft und damit das deutsche Landvolk auf dem sicheren Fundament des deutschen Volks-, Wirtschafts- und Staatslebens zu machen, muß scheitern.

Zur Berücksichtigung der Klein- und Mittelbetriebe.

Der deutsche nationale Reichstagsabgeordnete Dr. Quast hat an den Reichszanzler ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt: Es ist von jeder die Notwendigkeit der Behörden gewesen, bei Vergabe von Aufträgen die großen Lieferanten zu bevorzugen. Gerade die heutige Zeit hat aber gezeigt, einen wie unentbehrlichen Bestandteil der Wirtschaft und des Staates das kleine und mittlere Unternehmertum darstellt. Ich brauche zur Erläuterung nur auf die Gestaltung der Steuererleichterungen in letzter Zeit hinzuweisen. Über derartige finanzielle Erwägungen hinaus aber ist die Erhaltung eines gesunden und tatkräftigen Mittelstandes gerade vom Standpunkt der konservativen Staatsführung aus gesehen eine nationale Notwendigkeit. Ich unterbreite daher die Anregung, die zuständigen Ressorts zu einer unübel zu erfüllenden Untersuchung zu veranlassen. Ich brauche zur Erläuterung nur auf die Gestaltung der Steuererleichterungen in letzter Zeit hinzuweisen. Über derartige finanzielle Erwägungen hinaus aber ist die Erhaltung eines gesunden und tatkräftigen Mittelstandes gerade vom Standpunkt der konservativen Staatsführung aus gesehen eine nationale Notwendigkeit. Ich unterbreite daher die Anregung, die zuständigen Ressorts zu einer unübel zu erfüllenden Untersuchung zu veranlassen. Ich brauche zur Erläuterung nur auf die Gestaltung der Steuererleichterungen in letzter Zeit hinzuweisen. Über derartige finanzielle Erwägungen hinaus aber ist die Erhaltung eines gesunden und tatkräftigen Mittelstandes gerade vom Standpunkt der konservativen Staatsführung aus gesehen eine nationale Notwendigkeit. Ich unterbreite daher die Anregung, die zuständigen Ressorts zu einer unübel zu erfüllenden Untersuchung zu veranlassen.

Der Stahlhelmaufmarsch in Berlin

Die Zahl der nach Berlin gestellten Stahlhelmer hat alle Erwartungen übertroffen. Mit 180 000 Teilnehmern hat der 13. Reichstagsaufmarsch alle seine Vorgänger übertroffen. Die Zahl der Zuschauer ist auf 300 000 zu schätzen. Wiedermum war

ein großer Anlauf von Ehrenvätern zugegen. Der Kronprinz und die Kronprinzessin waren bereits von 9.30 Uhr ab anwesend, während die Prinzen Eitel Friedrich und Oskar mit ihren Potsdamer Kameraden in Reich und Glied marschierten. Neben dem großen Generalfeldmarschall von Maden-Sen — dem die Zuschauer besonders huldigen — sah man den fast alten Kameraden mit früherem Reichstagsabg. von Obenburger-Jaunschau. Zahlreiche hohe Reichsbeamte wohnten von Anfang bis zu Ende dem Aufmarsch, ebenso der österreichische oberste Heimwehrführer, Fürst Starhemberg. Etwas später erschienen die Vertreter der Reichs- und Staatsregierungen: Reichszanzler von Papen, Reichswehrminister von Schleicher, Reichsinnenminister Freiherr von Gahl, Reichsjustizminister von Braun, Reichsfinanzminister Graf Schäringer von Krosigk, die preussischen Minister Dr. Braack und Ernst, der württembergische Minister Schäfer, mit ihnen zahlreiche hohe Ministerialbeamte. Man sah auch viele Parlamentarier, Vertreter des Deutschen Kolonialtrierbundes und anderer Behörungsstellen, unter ihnen auch den Major Westphal. Besonders beachtenswert sind die Reichszanzler von den Zuschauermassen begrüßt. Darauf schritten die beiden Bundesführer Seldte und Duesterberg die

entloste Front der Feldgrauen ab, die in vier Treffen aufgestellt waren, dahinter die Motorradbrigade, die Verpflegungsschwadron und die Sanitätsabteilungen. Tausende von schwarz-weiß-roten Fahnen wehten im Winde. Aus 180 000 Reihen tänte den Bundesführer ein „Guten Morgen“ entgegen. Eine feierliche Front bildete über dem Haupt. Nach dem Abschieden der Front befielen die beiden Bundesführer die Reineranzel, neben der mehrere hundert neu zu wehende Fahnen aufgestellt waren. Nach dem Kommando „Stillgestanden“ nahm zunächst der Erste Bundesführer Seldte das Wort.

Die Reden der Bundesführer.

Der Erste Bundesführer, Seldte, führte aus: Heute sind wir so weit, daß soldatistisches Denken und soldatistische Haltung wieder verstanden werden in Deutschland, daß die Dinge, die die anderen nicht weisern konnten, von selbst an uns herantommen: an die Westen, an die Zäpfchen, an die Tapferkeit, an die Treue und an Deutschlands Soldaten.

Dieser Erfolg der soldatistischer nationalen Idee ist unser Erfolg, meine Kameraden. Die alte deutsche Armee ist nicht mehr, aber der Geist der Disziplin, der Geist des Dienstes am Ganzen, der Geist des Opfers für die Gemeinschaft, dieser Geist der alten Armee, der Geist der Front,

mit dem wir den Geist eines neuen deutschen Staatsbürgertums verbinden, steht unter den alten rühmreichen Farben heute wieder auf diesem historischen Feld. Der Stahlhelm, der den grauen Wolf trägt, in dem 1914 ein einziges Volk zum Schutz der Heimat ausbrach, dieser Stahlhelm ist keine Partei. Er kämpft nicht für sich, sondern für Deutschland. Er will nicht die Gewalt, sondern das Gesetz. Er fordert nicht die staatliche Macht, sondern den mächtvollen Staat, den Staat, unter dem das ganze Deutschland in freier, fröhlicher Arbeit einer neuen, besseren Zeit und Zukunft entgegengehen kann.

Dann wurde über die Reichswehrführung das Verhältnis des Bundes, das Verhältnis auf die Stahlhelmfahne, und viermal wiederholten die Feldgrauen das Gebot ihres Führers: „Wir geloben es“, daß es wie Donnerrollen über die weite Fläche hallte. Stahlhelmer und Zuschauer, eine halbe Million Menschen, sangen dann das Deutschlandlied, dem das Lied vom „Guten Kameraden“ folgte.

Die Fahnenweihe.

Im Anschluß daran weihte der Zweite Bundesführer, Oberleitnant a. D. Duesterberg, die neuen

Fahnen mit einer Ansprache, in der er u. a. ausführte: Winde und Vortrien sind nicht Staatswörter, sie sind nur denkwürdige Worte im Dienste am Vaterland. Wie die Feldgrauen einst für Deutschland kämpften, so will der Stahlhelm weiter für Deutschland arbeiten und streiten, bis Deutschlands Freiheit errungen ist.

Im Namen des Bundes weihte ich die neuen Fahnen und gebe ihnen den gemeinsamen Spruch: „Seldte und Frontsoldaten: „Front Heil“.

Die Parade.

Dann begann bei strahlendem Sonnenschein auf dem Tempelhofer Feld die eigentliche Parade, der gewaltige Vorbeimarsch der 180 000 Stahlhelmer aus allen deutschen Ecken im Paradeschritt vor den Bundesführern und den Ehrenvätern. Zuerst kam der Landesverband Groß-Berlin, ihm folgten die vielen anderen Landesverbände des Bundes der Frontsoldaten. Den Vorbeimarsch des besonders stark vertretenen Gau's Schlefien nahm neben den Bundesführern auch der Kronprinz ab, der bei dieser Gelegenheit die Mitglieder der Reichsregierung, die der Parade mit höchlichem Interesse folgten, herzlich begrüßte. Die mit Blumen geschmückten, später endlosen Kolonnen und insbesondere die den einzelnen Landesverbänden voranmarschierenden Fahnenkompanien, wurden von der unermüdetlich funktionierenden Menschenmenge immer wieder mit lautem Jubel begrüßt. Reichszanzler von Papen wohnte dem Vorbeimarsch bis gegen 15 Uhr bei.

Hindenburgs Dank an den Stahlhelm

Reichspräsident von Hindenburg hat auf das Telegramm des Stahlhelms vom 13. Reichstagsaufmarsch folgende Antwort gefaßt: „Den zum 13. Reichstagsaufmarsch veranlaßten Kameraden vom Stahlhelm danke ich bestens für das Gelübnis treuer Gefolgschaft und für die überaus großen Beiträge. Diese in kameradschaftlicher Gesinnung erwidern, übermittle ich den Wunsch, daß der Geist der Schicksalsverbundenheit und Wehrhaftigkeit aller Volksteile Würde und Kraft nach innen und nach außen und damit unserem Vaterland eine Stellung geben möge, wie sie ihm gebührt.“

Der Stahlhelmtag im Spiegel der Auslandspresse.

Das Echo, das der Stahlhelmtag in Berlin in der Auslandspresse findet, klingt verschieden je nach der Einstellung, die das betreffende Land zu der Forderung Deutschlands nach Wehrhaftigkeit einnimmt. Die Pariser Presse faßt es natürlich nicht an den üblichen Epithelen für den Stahlhelm an, sondern unterstreicht, daß der Stahlhelm sich jetzt ganz offiziell hinter die Reichsregierung gestellt habe. Ferner wendet man sich gegen den „Wehrsport“, der ausschließlich den Zweck habe, die der Reichswehr verbieten auszubildeten Reserve zu schaffen. Dieses Ziel sei bereits vollkommen erreicht. Die Herbstparade auf dem Tempelhofer Feld solle an Kaiser Wilhelm II. gemahnen und die Erinnerung der kaiserlichen Armee aufrechten. Nationale Pressestimmen haben die Bedeutung des Stahlhelmaufmarsches als Ausdruck des deutschen Strebens nach Freiheit und nach Wehrhaftigkeit hervor. Es sei klar, daß keine Klausel eines Vertrages den deutschen Kriegsteilnehmern verbieten könne, sich zu Verbänden zusammenzuschließen, um den Geist aufrechtzuerhalten, der sie befehle, als sie ihr Leben für ihr Vaterland aufgeben, und um ihre Fahnen und ihren Führer zu ehren. Der Vorbeimarsch von 100 000 ehemaligen Soldaten habe einen unübertrefflichen Wert, den keine noch so drückende Vertragsklausel verhindern können, da es ein geistiger Wert sei. Die Rechte der englischen Presse über die Stahlhelmparade sind durchweg ruhig und sachlich gehalten. Man meint, die Forderung könne dem Reichszanzler bei den augenblicklichen Verhältnissen nur zu stillkommen sein, und weist auf die Pflege der rühmlichen Vergangenheit Deutschlands durch den Stahlhelm hin.

Der Abschluß des Katholikentages.

Mit einer gemeinsamen Wallfahrt eines großen Teiles der Teilnehmer schloß der Katholikentag in Essen. Der nächstfolgende Katholikentag findet mit großer Wahrscheinlichkeit in Wien statt. In der Kundgebung des katholischen Neuntages wurde von dem Verammlungsleiter mitgeteilt, daß Reichszanzler a. D. Dr. Brüning dringender Arbeiten und Verhandlungen wegen kein Verprechen, in dieser Verammlung zu reden, nicht habe halten können.

Wenigerwertig ist, daß eine Anfrage des Reichszanzlers v. Papen, der bekanntlich katholisch ist, ob sein Erscheinen in Essen erwünscht wäre, von der Leitung des Katholikentages dahin beantwortet wurde, sie harte darum, der Reichszanzler möge nicht nach Essen kommen.

Verlockendes Angebot

für Hochzeitsreisende.

Fahrtreisenermäßigung für Hochzeitsreisende nach Rom. Die italienischen Staatsbahnen widmen in Zukunft ausländischen Hochzeitsreisenden, die die italienische Hauptstadt besuchen wollen, eine Ermäßigung von 70 Prozent auf die Fahrkarten zweiter und dritter Klasse von jeder Grenzstation, jedem Hafen oder Grenzflugplatz aus nach Rom. Die Ermäßigung wird allen Reisenden gewährt, die eine deglaubliche Hochzeitsreise unternehmen wollen. Die Fahrkarte muß spätestens zwei Wochen nach der Ehegeseignung gelöst werden und hat einen Monat Gültigkeit.

Von Beuthen ins Zuchthaus.

Die fünf zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigten SA-Leute sind nachts aus dem Gerichtsgefängnis in Beuthen nach dem Zuchthaus Groß-Stieflitz in Oberschlesien übergeführt worden. Die Tatlade des Alibansports und der Zeitpunkt sind sorgfältig geheimgehalten worden, so daß keinerlei Störungen eintreten konnten.

Deutsches Schiff in den Stockholmer Schären gesunken.

Vier Mann ertrunken. In den Stockholmer Schären hat sich eine schwere Schiffs-tastrophe ereignet. Der deutsche Motorjäger „Clare Elise“ aus Hamburg ist untergegangen, wobei der Kapitän, der erste Steuerermann und zwei Leute der Besatzung wahrscheinlich ertrunken sind.

Das Unglück wurde vom schwedischen Dampfer „Dona“ beobachtet, der zu Hilfe eilte und vier Schiffbrüchige retten konnte. Der Stockholmer Lotsenkapitän hat einen Dampfer zur Unglücksstelle geschickt, um nähere Untersuchungen anzustellen.

Am Abendpunkt vom Herzogtum ereilt. Anlässlich der Jahreshauptversammlung des Vereins der Beamten der dormaligen sächsischen Staatsseifenbrennen in Lobau in Sachsen ereignete sich ein tragischer Vorfall. Der Erste Vorsitzende des Vereins, Reichsbahnbeamten Paul Jille aus Dresden, brach plötzlich bei der Vorbereitungsfeier der Beamten infolge Herzschlages am Abendpunkt zusammen. Sämtliche Begräbnisfeierlichkeiten wurden infolge dieses Vorfalles abgeblasen.

Amtlicher Teil.

Badepolizei-Verordnung.

Auf Grund der §§ 14, 25 und 33 des Polizeiverwaltungs-gesetzes vom 1. Juni 1931 (G. S. S. 77) wird für das Land Preußen folgende Badepolizeiordnung erlassen:

§ 1. Das öffentliche Bäder- oder Baden in öffentlicher Bäderabteilung ist verboten.

Als öffentlich im Sinne dieser Bestimmung gilt das Baden, wenn die Bäderden von öffentlichen Wegen oder Gewässern aus sichtbar sind.

§ 2. Am und am Wasser ist jedes Verhalten zu unterlassen, das in fittlicher Beziehung Mergernis zu geben geeignet ist.

§ 3. Es ist verboten, nur mit einem Badeanzuge bekleidet, öffentliche Gassitäten zu betreten oder sich in diesen aufzuhalten, es sei denn, daß die Gassitäten nur vom Bade-stand oder den Badeeinrichtungen aus zugänglich sind.

§ 4. Die nachgeordneten Polizeibehörden können weitergehende Bestimmungen erlassen.

§ 5. Gegen die Nichtbefolgung der Badepolizeiordnung wird hiermit die Festsetzung von Zwangsgeld bis zu 150 RM. angeordnet.

§ 6. Diese Badepolizeiordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Berlin, den 18. August 1932.
Der Minister des Innern.
Mit der Badepolizeiordnung beauftragt:
Dr. Bracht.

Veröffentlicht. Torgau, den 27. August 1932.

Der Landrat. Wehr.

Veröffentlicht. Annaburg, den 6. September 1932.
Der Amts-Vorsteher als Ortspolizeibehörde.

Betrifft Zinszuschüsse für Reparaturen an Wohngebäuden.

Hausbesitzer, welche die Absicht haben, Reparaturen an ihrem Wohngebäude vorzunehmen, können, falls für diese Reparaturen die Aufnahme eines Darlehens von 1000 RM. und darüber geplant und erforderlich ist, einen einmaligen Zinszuschuß von 10 % des Darlehens erhalten.

Weitere Auskünfte erteilt das Kreisbauamt, für die Stadt Torgau das Stadtbauamt in Torgau.

Anträge sind möglichst bald zu stellen.

Torgau, den 1. September 1932.

Der Vorsitzende des Kreisbauamtes. Wehr.
Veröffentlicht. Annaburg, den 6. September 1932.
Der Gemeinde-Vorstand.

Locales und Provinzielles.

Annaburg. Gekunde und billige Maaßgebilde wird uns auf Einladung des Vereins für Gesundheitspflege Frau Lisa Mar am 7. September im Goldenen Ring zeigen. Je ge-

ringer die Mittel sind, die der Hausfrau zur Verfügung stehen, umso schwieriger gestaltet sich die Aufstellung des richtigen Speisezettels, der wohlgenügend ist, dem Körper die unbedingt notwendigen Energien zu spenden vermag und außerdem den Bedarf an Vitaminen und Ergänzungsstoffen berücksichtigt. An Hand wissenschaftlicher Tabellen wird die Rednerin das Schema für eine gesunde und doch billige Ernährung entwerfen und ein solches Essen für den ganzen Tag vorkochen. Außerdem werden Rohstoffplatten vorgeführt und die ganze Technik der Rohkost dargestellt werden. Niemand sollte diesen wichtigen Vortrag veräumen.

Teffen. Auf dem letzten Ferkelmarkt waren 437 Ferkel und 1 Käufer aufgetrieben. Der Preis für Ferkel bewegte sich zwischen 5 und 9 Mark. Für Käufer wurden 35 Pf. pro Pfund geholt. Der Geschäftsgang war sehr schlecht, es waren nur wenige Käufer erschienen, jedoch der Markt nicht geräumt wurde.

Torgau. (Erhängt.) Durch Erhängen hat sich der bei der Kreisammunikation als Gegenbuchführer angestellte Martin W. aus Wella das Leben genommen.

Torgau. Vor der neugebildeten 3. Strafkammer des Landgerichts Torgau fand gestern die erste Verhandlung statt; es handelte sich um den Schwarzbränner-Prozess gegen die Landwirte A. L. aus Saxdorf und A. S. aus Annaburg und gegen den arbeitslosen Kraftwagenführer S. F. aus Belgern. Den ersten beiden Angeklagten wurde zur Last gelegt, selbstgebrannten Branntwein nicht an die Monopolverwaltung abzugeben und damit gegen das Branntweinmonopolgesetz vom 8. April 1922 verstoßen zu haben; S. F. war wegen Beihilfe angeklagt. Die Vorgänge reichen bis in das Frühjahr 1930. Um diese Zeit lernte L. den S. auf einer Fahrt nach Belgern kennen. S. bot dem L. eine Brenneinrichtung zum Kaufe an und machte ihm die Sache derart schmackhaft, daß sich L. schließlich zum Kaufe entschloß. Nach einigen ergebnislosen Versuchen gelang es dem beiden unter der Mitwirkung des dritten Angeklagten, der die Einrichtung in dem Keller des L. in Saxdorf eingebaut hatte, aus Gerste, Kartoffeln und anderen Produkten Branntwein herzustellen. Seinen Angehörigen gegenüber hatte L. erklärt, daß es sich bei der Geheimanfert in seinem Keller um handele. Das Finanzamt in Bad Liebenwerda hatte von der ganzen Sache Wind bekommen. Als die Zollkammern in der Wohnung des L. überwachend ermittelte eine gründliche Durchsuchung vornahmen, wurden die Apparate, die zum Schwarzbrannen dienen, vorgefunden. Im ganzen waren 5-6 Liter Branntwein hergestellt worden. Die Monopolverwaltung ist dadurch um etwa 85 RM. geschädigt worden. Die Torgauer 3. Strafkammer verurteilte L. zu 347 RM. Geldstrafe und anstelle einer an sich verurteilten Gefängnisstrafe von einer Woche zu 35 RM. Geldstrafe; S. erhielt ebenfalls eine Geldstrafe in Höhe von 347 RM. und 30 Tage Gefängnis; F. wurde wegen Beihilfe zu 20 RM. verurteilt. Während L. sofort nach dem Vorfinden der Einrichtung ein volles Geständnis abgelegt hatte, verweigerte S. sich durch Leugnen aus der ganzen Angelegenheit herauszuziehen. Wie sich in der Gerichtsverhand-

lung ergab, sollte in der Saxdorfer Brennerei die ganze Ernte des L. zu Branntwein gemacht werden.

Tauhuth. (St. Torgau.) In der künftigen Postagentur wurden im April d. Js. Unregelmäßigkeiten entdeckt. Der Postagent R. G., der seit 1922 in dieser Stellung tätig war, hatte sich Unterzahlungen in Höhe von 1292 RM. zuzuschreiben kommen lassen. G. war dadurch, daß er im Jahre 1926 ein Kaufmannsgeschäft aufgenommen hatte, in Geldschwierigkeiten geraten und hatte versucht, persönliche und geschäftliche Ausgaben mit eingezahlten Postgeldern zu decken, die er aber immer wieder zu erheben suchte. Schließlich war die Summe doch größer geworden, als er abhnen konnte. Daß das Geld für Beamtenverehrungen ungenutzt schwere Strafen vorliehe, sprach auch aus dem Antrage des Staatsanwalts, dem schließlich das Gericht folgte, indem es G. zu 1 Jahr Zuchthaus und 50 Mark Geldstrafe wegen Amtsunterschlagung und Urkundenfälschung verurteilte.

Tauhuth. Jetzt ist auch mit den Arbeiten in der Elbe bei Tauhuth begonnen worden. Die Arbeiten, bei denen mit der Zeit 250 Arbeiter beschäftigt werden, führt eine Arbeitsgemeinschaft von 2 Berliner Firmen und eine Naumburger Firma aus. Es werden nicht weniger als 22 Bahnen zugeführt und 9 Bahnen verläßt bzw. ganz beschliffen werden und rund 140000 Kubikmeter Boden bewegt. Die Arbeiten werden im Wege des freiwilligen Arbeitseinsatzes ausgeführt.

Donndorf. (Wannenausfuhr nach England.) Der Zweifelhenerland für Spirituszwecke ist in vollem Gange. Täglich werden 2 bis 3 Waggons in halbreifen Zustände verladen. Auch nach Uebersee, hauptsächlich England, werden Plannen verfrachtet, um dort für dieselben Zwecke verwendet zu werden. Der Preis hielt sich auf 6.- bis 6.50 RM. pro Zentner für den Freigang. Die Zweifelhenerland in unserer Gegend ist in diesem Jahr auf bis sehr gut.

Turnen, Spiel und Sport.

Am letzten Sonntag fanden sich je drei Sandballmannschaften der Turnvereine von Annaburg und Bretzin in einem Vereinskampf gegenüber, der von Annaburg mit 3:0 gewonnen wurde. Zuerst spielten die Schülermannschaften. Die Spielgenossen zeigten sich überlegen und konnten mit 5:1 liegen. Daraus schloß sich das Spiel der 1. Mannschaften. Bretzin trat mit voller Mannschaft an, während Annaburg mit mehrfacher Ersatz spielte. Gleich von Anfang an entwickelte sich ein flottes Kampf. Bretzin gelang es bis zur Halbzeit mit 3:2 in Führung zu gehen. Nach Halbzeit fanden sich die Annaburger besser zusammen, und es gelang ihnen, in einem schönen Endspurt das Spiel mit 8:5 für sich zu entscheiden. Auch im Spiele der 2. Mannschaften waren die Annaburger überlegen, und gaben den Bretzinern mit 4:2 das Nachsehen.

Schießsport. Anlässlich des am Sonntag vom „Schießverein Vorwärts“ veranstalteten Preischießen erlangen Preise:

- | | | | |
|---------------------|--------|--------------------|--------|
| 1. Preis S. Wolter | 29 Rg. | 1. Preis W. Nibel | 30 Rg. |
| 2. Preis R. Bar | 29 Rg. | 2. Preis S. Wolter | 29 Rg. |
| 3. Preis R. Fußmann | 28 Rg. | 3. Preis S. Rops | 29 Rg. |
| 4. Preis G. Schön | 27 Rg. | 4. Preis S. Müller | 29 Rg. |
| 5. Preis G. Schön | 27 Rg. | 5. Preis V. Eggert | 27 Rg. |

Markt-Kalender.

7. Sept.: Schweinem. in Herzberg. Schweinem. in Bretzin.

Für den letzten Gruß, sowie die Anteilnahme beim Hinscheiden unserer lieben Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Charlotte Kube

sagen wir unseren herzlichsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Annaburg, den 5. September 1932.

Starkstrom-Artikel!

Elektr. Glühbirnen in allen Wattstärken, Starkstrom-Sicherungen, Alle Elektro-Ersatzteile, Elektr. Platten und Plättenschnur

Schwachstrom!

Elektr. Klingel-Anlagen
Elektr. Voltmesser
Varta Akku- u. Säureprüfer
Akku-Säure u. Dest. Wasser
Pertrix-Anoden, 100 u. 120 Volt
Akku-Ladestation, 10% billiger
Gasglühstrümpfe (Merck)

Auf alle Artikel 10% Preis-Ermäßigung!

Fritz Rödler,
Auto-Lohnfahren. Fernruf 253.

An unserem Hause Torgauerstr. 5 befindet sich ein

Automat

für 10 Pfg.-Einwurf

rechts: Zigaretten
links: Bonbons mit Juno u. Salem Ueberraschungen

Marta Stein.

Ab heute neuer Brotpreis!

Garantiert reines Roggenbrot!

Das große Brot kostet 85 Pf., das kleine 43 Pf.

Außerdem Wertmarken: auf 20 Brote 1 Brot gratis!

Mühlbäckerei Dautzchen
Erich Kaufmann.

Erwarte Mittwoch früh:

Ia. frischen Schellfisch, Goldbarsch, Fischfilet

in dieser Eispackung u. zum billigsten Tagespreis

J. Kählig's Nachf.
Inhab.: Martha Müller

Zur Weinbereitung:

Hefen, Hefenährsalz, Nährmittel
Gärrohren, Gärventile, Gär-
verschlüsse, Ballons, Sortmaschinen
Abziehschläuche empfiehlt

Adler-Drogerie, G. Schönn
Foto-Haus.

An Donnerstag von 7 Uhr ab

frische Seefische

in stromer Eispackung:
Kaviar, Hfl. Goldbarsch, Fischfilet o. Gräten

zu den billigsten Tagespreisen

J. G. Fritzsche.

An Donnerstag von 7 Uhr ab

frische Seefische

in stromer Eispackung:
Kaviar, Hfl. Goldbarsch, Fischfilet o. Gräten

zu den billigsten Tagespreisen

J. G. Fritzsche.

M. G. V. Naturheilverein Annaburg

Mittwoch 8 Uhr: Gesangstunde.

Alles pünktlich erscheinen.

Bürger-Schützen-Verein V.

Im Donnerstag, den 8. Sept., abends 8.30 Uhr

Berammlung
bei Kamerad Müller.

Wohnung

2 Stuben u. Küche zum 1. Oktober oder später zu vermieten.

Fritz Rödler, Markt 20

Zuhr-Geschäft

mit circa 9 Morg. Acker und Wiese zu verpachten. Zu melden:

Ulmstr. 18.

Briefordner
Schnellhefter
Stempelfarben
Stempelschalen
Durchschlag- und Kohlepapier zu haben bei

Herm. Steinbeiß
Papierhandlung.

Betten
Schlafzimm. Kinderbetten, Stahlmatt. Polst. Chaisen, ein- u. zweifach. Bettstellen, Eisen- u. Holzschlitten (Tischl.)

„Das gib's nur einmal...“
„Das kommt nicht wieder!“ — Originelle Reichstags-
eröffnung — Die Forderung des Tages.

Das neuwählerliche Reichstag hat am 1. September — vorläufig — einzige Sitzung vor Entschieden von einer großen Originalität, und selbst die ältesten Mitglieder dürften sich nicht erinnern, je derartiges erlebt bzw. mitgeteilt zu haben. Und wer draußen im Lande davon las, mag erstaunt darüber den Kopf geschüttelt haben, daß es trotz der so außerordentlich schärfen gegenwärtigen Situation nicht zu dem früher so häufigen Reisetage kam, der dort aus viel unwilligeren Anlässen auszubrechen pflegte. Die teils lächerliche, teils heftige Szene einer kommunikativen Propaganda-Ausführung von dem Sessel des Präsidenten herab war betriebl. das Jagen der Reden dabei der Angstschweiß ausbrach und die Neben allzu trocken wurden, um die Worte noch mit Verstand unterlegen zu können. Wenn der Sprecher im Auditorium den schärfsten Jurist ausließ: „Das gib's nur einmal, das kommt nicht wieder!“ — so genügte eine solche Kritik vollkommen. Diese Szene wird „einzig“ bleiben, ich gewiß nie wiederholen. Schließlich hat sie auch nur das aufhalten können, was reich in Aktion trat: die nun auch nach außen hin vorkommende Willkür einer „echnische“ Sozialisten und Zentrum im Reichstag. Bei der Wahl der Präsidenten machten auch die zwischen diesen beiden Fraktionen stehenden Parteien mit. Und da ergab sich wieder ein originelles Intermezzo dadurch, daß bei der Wahl des 1. Vizepräsidenten das Zentrum geschloffen gegen den eigenen Fraktionsgenossen Esser und für den Sozialdemokraten Koch als Kandidat der Reichstags-Präsidenten wurde. Esser also nur die Stimmen der Rechten erhielt; in der — für beide ausschloffen — Stichwahl schwenkte das Zentrum dann freilich zu Esser hinüber, da es sonstigen seiner „parlamentarischen Anstandsregeln“ genügt hätte, nun aber verhindern wollte, daß Herr Esser nur durch die Stimmen der Rechten und gegen die der eigenen Fraktion gewählt würde. Nebenfalls war das Ergebnis der Präsidentenwahl das eine, daß zum erstenmal seit dem Herbst 1918 kein Sozialdemokrat dem Präsidium des Reichstages angehört. Nur von je einem Mitglied der Nationalsozialistischen, Deutschnationalen, Zentrums- und Bayerischen Volkspartei wird es gebildet als Ausbilder der „nationalen Mehrheit des Reichstages“, wie der neue Präsident in seiner politisch so bedeutungsvollen Schlussansprache auseinandersetzte.

Aber all diese Vorformnisse und Tatsachen sind ja nicht das „Originelle“ an diesen neuwählerlichen Reichstag und seiner ersten — vorläufig — einzigen Sitzung. Die bei ihr in Erscheinung tretende „echnische“ Koalition von Parteien im Sozialistischen Zentrum und Nationalsozialistischen Partei im Reichstag ist das Originalität. Bei den beiden hier maßgebenden Parteien sind aber schon die Wege auseinander für diesen Reisetageverlauf ganz verschieden. Ebenso verschieden sind die Ziele, die man beim Durchlaufen des Konflikts mit der jetzigen Regierung verfolgt. Und daher ist die Frage, ob der Reichstag auch im hauptsächlichsten Sinne arbeitssam ist oder nicht, doch noch längst nicht dadurch entschieden, daß sich eine „technische Koalition“ zusammenbringen ließ und diese nur das zwar gemeinsame, aber immerhin doch eine „echnische“ Ziel hat, die Reichsregierung zu führen. Die Arbeitssamkeit wurde erst noch zu beweisen durch Schaffung einer „echnischen“ Stelle nur „technischer“ Koalition. Und auch dann ist noch nichts darüber entschieden, ob nachvollziehbar ein von Reichstag tatsächlich unabhängiges und sich allein auf den Reichspräsidenten stützendes Präsidialkabinett die Führung hat und eine entsprechend geartete Verantwortung trägt, oder ein Präsidialkabinett, das, wie unter Brünning, zum mindesten nicht auf ein ausdrückliches Mißtrauen des Reichstages stößt.

Was der neuwählerliche Reichstag tun will, ist also, eine Front zur Selbstüberwindung gegen Angriffe zu schaffen, die ihre Vorbereitung zum mindesten aus der ganzen Entwicklung des Reichstages in der Reichstagszeit ableiten dürfen und die außerdem verfassungsrechtlich über — die stärkere Autorität verfügen. Demgegenüber kann aber der Reichstag als scharfe Gegenwaffe gebrauchen, daß auch er der verfassungsmäßige Ausdruck und Vertreter des Volkswillens ist. Vorläufig beweist sich also die Austragung des Konflikts auf dem Boden der Verfassung; er würde zu einem wirklichen, also rein machtpolitischen Kampf erst dann werden, wenn er diesen Boden verläßt.

Auch die nächste Etappe in diesem „parlamentarischen“ Konflikt wird des Reiches der Originalität nicht entbehren; denn der bevorstehende „notwendige“ Erlaß über die Einzelheiten des „Aufbauplan“ der Regierung in Paris wird ja ein Nachspiel im Reichstag haben, das aber ganz im Zeichen der „echnische“ stehen und überdies auch das Schicksal des Reichstages selbst entscheiden. „Arbeitsprogramm“ unbedingtes Erfordernis des Tages ist, dem sich auch aus partei- oder „konflikt“ politischen Gründen der Reichstag nicht widerlegen kann, ohne — mit Recht — sich seine Isolation aufzugeben. Diese Pflicht ist der höchste Hebel für die Vermittlungen der führenden Männer jener Reichstagsmehrheit selbst, irgendetwas in diese für sie so gefährliche Klippe herinzulassen. Hierdurch würde man den auch „sachlichen“ Beweis für die „Arbeitsfähigkeit“ einer Mehrheit des Reichstages liefern wollen, freilich aber auch verlangen, daß daraus nun auch der entsprechende Erlaß auf das Verhältnis der Regierung zum Reichstag übergeben werden müßte. Würde der Reichstag aufgelöst werden, so würde dies keinesfalls den Einfluß der Volksvertretung in der Staatsführung stärken; gelangt es ihm aber, die Auflösung etwa durch die billige Hinahme der Notverordnungen vorzuzugreifen, so bedeutet das auch nicht gerade eine Stärkung seiner schwer erschwerten Autorität. Allerdings hätte er dann Zeit gewonnen, später den Konflikt mit der Regierung wieder auszutragen.

Die deutschen Zahlungen an Amerika.

Wie aus Washington berichtet wird, hat Staatssekretär Caffie erklärt, daß die Vereinigten Staaten von Deutschland die Zahlungen der am 30. September fälligen Beträge von 12½ Millionen Mark für Besatzungskosten und 20,4 Millionen Mark für Ansprüche amerikanischer Staatsangehöriger gegenüber Deutschland, Caffie habe gesagt, daß man bisher keine Mitteilung von Deutschland hinsichtlich der Zahlung dieser Summen erhalten habe. Die Vereinigten Staaten erwarten jedoch, daß die Gelder gezahlt würden. Während der vorjährigen Verhandlungen hätten Deutschland und Amerika den Standpunkt eingenommen, daß die Bezahlung dieser Ansprüche nicht unter das Moratorium falle, da darüber eine Sonderabmachung zwischen amerikanischen Bürgern und Deutschland getroffen worden sei. Frankreich dagegen habe darauf bestanden, daß es unter das Moratorium fielen und Amerika habe nachgegeben.

Der maßgebende deutsche Seite wird dazu erklärt, daß Amerika am Kaufmann Abkommen nicht beteiligt ist, müssen besonders die Verhandlungen zwischen Deutschland und Amerika stattfinden. Nach den Bestimmungen eines deutsch-amerikanischen Abkommens vom März 1930 sei ein Aufschub der deutschen Zahlungen bis etwa zu zwei Jahren möglich, sowohl für die Bezahlung der Besatzungskosten wie für die Ansprüche von Amerikanern aus Entschädigungsfällen.

11,5 Millionen Mark Steuerstrafen.

Dem Reichstag ist jetzt vom Reichsfinanzminister eine Nachweisung über Forderung und Erlaß von Geldstrafen bei den Verwaltungen und Verkehrsbehörden für das Rechnungsjahr 1931 zugegangen. Danach wurden in 18 461 Fällen Steuerstrafen in Höhe von 11 612 196 Mark festgesetzt. In 2236 Fällen wurden die Geldstrafen ganz oder zum Teil erlassen. Die Höhe der erlassenen Geldstrafen belief sich auf 1 160 207 Mark.

Geldstrafen ist dem Reichstag aus einer Nachweisung über Forderung und Erlaß von Geldstrafen bei den Zöllen und Verbrauchsabgaben zugeleitet worden. Hier betrug die Höhe der festgesetzten Geldstrafen sogar 80 306 380 Mark, die sich auf annähernd 38 000 Einzelfälle beliefen. Über 13,1 Millionen Mark der Geldstrafen sind erlassen worden.

Von der „echten Obrigkeit“.

Eine Rede Brandis auf dem Katholikentag.

Der Deutsche Katholikentag wurde in Effen feierlich eröffnet. Außer den Gründungsredem des Präsidenten Bernhard Die-Wertin und des bairischen Kultusministers hielt auch der stellvertretende Reichskommissar für Preußen, Herr General-Oberbürgermeister Dr. Wachs, eine Verfassungsanrede. Er sprach über Leben im Gemeinwesen, so führte er aus, beruht auf dem Dienst an einer von Gott gegebenen Ordnung. Die Arbeit der Diener des Staates und der Kommune und die Arbeit der Diener der Kirche können darum nicht fremd nebeneinander berechnen. Wenn wir in dieser Zeit, in der Verneinung und Unglaube die christliche Grundhaltung des Staatsbürgers das Gefühl veranlaßt im Abgesandten erinnern: „Nebennant unterwerfen sich der obrigkeitlichen Gewalt“, dann kann nicht deutlich genug hinzugefügt werden: „Denn es gibt keine Gewalt außer von Gott“.

Wer heute eingekleidet ist, die Obrigkeit des Staates zu vertreten, der muß am Anfang seiner Arbeit mit den höchsten Maßstäben prüfen, ob die Einzelaktionen des Staatsbürgers gegenüber sichtbar Ausdruck der Obrigkeit zu sein.

Obrigkeit muß auf dem Gedanken der Pflicht. Für die Rechte — und es gibt deren viele heututage — die der Staat gegenüber dem einzelnen im Anpruch nimmt, kann nur dann eine über den äußeren Zwang hinausreichende Anerkennung verlangt werden, wenn sie im Bewußtsein des Staatsbürgers das Gefühl veranlaßt, daß alle diese Rechte des Staates aus Pflichten gegenüber der Gesamtheit entspringen sind. Deshalb muß bei dem Bemühen um die Erziehung echter Obrigkeit beim Staat selbst angefangen werden. Deshalb muß von jedem einzelnen Staatsdiener verlangt werden, daß er nicht einer Partei, sondern der Gesamtheit dient. Die Aufgabe der großen politischen Bewegungen wird schließlich davon abhängen, ob sie in ihren Entscheidungen die Interessen des Staates über ihre eigenen tatsächlichen Interessen zu stellen vermögen. Endlich muß auch gegenüber dem Versuch, den Staat mit der Partei gleichzusetzen, der Staat immer auf die höhere Ebene unseres Bewußtseins gestellt werden.

Die liegende Familie nach Labrador gefahren.

Kennart. Die liegende Familie Hutchinson ist von Elisabeth auf Anticostin-Land in der Lawrence-Bucht aus nach Labrador gefahren. Die liegende Familie besteht aus dem Ritter Hutchinson seiner Frau und zwei Kindern. Zur Bezahlung des Rückzuges abgeben nach ein Verdienst, ein Navigator und ein Wärenter. Das Flugzeug wird von Hutchinson selbst gefahren.

Präsident Hoover empfängt Staatssekretär A. D. Penab.

Washington. Präsident Hoover empfing den Vizepräsidenten des Reichsausschusses für Lebensversicherung, Staatssekretär A. D. Penab, der von dem deutschen Geschäftsträger in Washington empfangen wurde. Erwähnung wurde überreichend dem Präsidenten eine Einladung, und lud ihn zu den Olympischen Spielen 1936 nach Berlin ein.

Nur die Eine

Von Gert Rothberg.

56. Fortsetzung

Nachdruck verboten
So überlegte Ulrike nun, wie man das wohl ermöglichen könnte. Und noch etwas anderes machte ihr schwere Sorge. Natürlich hatte sie genau wie alle anderen von der aufgelösten Verlobung Sibylths Gültighows und Diez Wentendorfs erfahren. Sie hatte es bisher ängstlich vernommen, mit Anne-Marie davon zu sprechen. Sie sollte nur wortlos die dunkelroten Rosen, die täglich kamen, vor Anne-Marie hin. Diese glaubte, die Blumen kämen aus Gültighow, doch Baroness Ulrike kannte den Voten aus Tramin genau.
„Ich habe ihr das Leben gerettet, sie darf mir nicht länger ziern, daß ich ihr unwissentlich Diez Wentendorfs Liebe stahl. Ich werde aus seinem Leben gehen, er muß den Weg zu seiner Braut zurückfinden“, dachte sie. „Jetzt muß Sibylth Gültighow wissen, daß ich nie nicht aus dem Wege willige.“
An einem dieser eisten Februarabende saßen die zwei karthäuser Damen am Kamin. Draußen umhüllte der Sturm das Haus. Als und zu kratzte es. Dann war es dem Ungestüm gelungen, irgend etwas von dem alten Gebäude loszureißen.

Sitz und berauschend fanden die dunkelroten Rosen ihren Duft durch die Wärme des Zimmers.

Anne-Marie war heute nicht ganz so teilnahmslos wie sonst. Richtig fragte sie:

„Groß, ich werde doch bald gesund sein, wirstest du mir erlauben, daß ich kurze Zeit zu meiner Freundin Eva Schrenkbrunn fahre? Sie hatte es mit sehr viel genommen, daß ich ihre Hochzeit im November veräumte.“

Ulrike sah die Sand Anne-Maries.

Nach Berlin? Nein. Dr. Krenker meint, du müstest unbedingt nach Lugano. Er ist noch immer in Sorge um dich.“

Anne-Marie lehnte den Kopf an die weiche, hohe Lehne des Sessels.

„Nach Lugano? Ah, Groß, wie sollen wir denn da hinfommen? Wie in unserer Heimat?“

Baroness Ulrike seufzte.

„Ich war immer zufrieden, jetzt aber ist der Moment da, wo ich unsere Heimat vermissen.“

„Während deiner Krankheit hast ich viel erregt, Anne-Marie. Frau Grote ist gestorben und Sibylth von Gültighows Verlobung ist gelöst.“

In Anne-Maries Augen glänzte Abwehr und Entsetzen.

„Sibylths Gültighows Verlobung? Nein, nein, das darf nicht sein. Es kann ja nicht sein.“

„Und doch ist es so, Anne-Marie. Diez von Wentendorff ist frei und seine Eltern haben dich täglich von ihm gerührt. Es war ein Traminer Vot, der sie brachte.“

Anne-Marie lagte bitter und enttäuschungsvooll.

„Diez Wentendorff ist frei? Was verspricht du dir davon? Ueber Sibylth Gültighows gebrochenes Herz hinweg fände ich niemals das Glück.“

Ulrike Warburg wußte hierauf nichts zu sagen.

Anne-Marie fuhr fort:

„Groß, wenn morgen der Vot aus Tramin kommt, nimmt die Blumen nicht an. Ich habe nichts mit Diez von Wentendorff zu schaffen.“

Sie stand auf und nahm die Blumen vom Tisch. Langsam kam sie an den Kamin zurück. Und plötzlich warf sie die dunkelroten Blüten in die Luft. Mit von Tränen und dunkelroten Blüten sah sie zu, wie die Blumen in nichts zusammenfielen.

Nach langer Zeit sagte sie leise:

„Groß, wenn ich doch nach Lugano könnte, es wäre so gut für mich.“

Ulrike rechnete mit Sibylth. Stundenlang saßen sie über die Bürger gebeugt, doch es kam kein anderes Replikat

heraus. Es ging nicht, wenn man nicht wieder rückwärts kommen wollte. Die drei Hilfskräfte konnte man nicht entlassen, dann hätte man auch gleich die Felder verkaufen müssen, die letzten, die noch zu Karthago gehörten. Das Reiferfeld verkaufen? Es war Anne-Maries einzige Freude. Und der Preis? Er lagte keineswegs zu einem mehr monatlichen Aufenthalt an der Riviera.

Es verging Woche um Woche. Ulrike Warburg hatte die Blumen nicht mehr in Empfang genommen, sie verschwiegte auch Anne-Marie, daß Diez von Wentendorff einen Brief geschrieben.

Sie antwortete ihm nicht darauf, was hätte sie ihm denn auch schreiben sollen? Sie hatte nur ein paar höfliche Worte an Frau von Wentendorff gelandt und gebeten, die dem freundlichst angelagten Besuch absehen zu wollen, da Anne-Marie noch immer niemandem sehen wollte. Ihr Gemüt sei krank, sie hoffe aber, daß Anne-Marie durch eine längere Reise genee.

Als Ulrike den Brief durch Sibylth durchgeschickt hatte, kam ihr erst zum Bewußtsein, daß sie doch überhaupt nicht wußte, von was sie diese Reife bezog. — Wieder waren Tage darüber hinweggezogen. Ulrike von Warburg war mit Sibylth in dem großen fahlen Raum, wo von den Wänden ein paar karthäuser Ritter heruntersehen.

Sibylth schob ein paar Möbel, die unrentabel und wackelig in einer Ecke standen, rückwärts beiseite.
„Gnädige Baroness, hier den Schrank meine ich. Ich kann mich ja trennen, aber ich dachte, daß der Winkel in Königberg ganz anständig dafür bezahlet. Ich habe in meinem Fenster einen ähnlichen Schrank gesehen, der mit einer hohen Summe zum Verkauf ausgegeben war. Das muß hier echt Wertmutter sein.“

Sibylths dieser Gefährtinger künpte bezügelnd auf die in der Tat prachtvoll eingekleidete Arbeit. Dann reinigte er schnell mit seiner blauen Schürze den Schrank von Staub und Spinnweben.

(Fortsetzung folgt.)

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr. Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.

Befellungen nehmen alle Postämter und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Zerkauerstr. 3, entgegen. In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluß Nr. 224.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Reklameteil 30 Goldpfennig, einseitig. Umhängezettel, Sonntagszettel und tabellarischer Satz mit Aufschlag.

Anzeigenannahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburggeb. Halle.

Nr. 107.

Dienstag, den 6. September 1932.

35. Jahrg.

Die neue Notverordnung!

„Verordnung des Reichspräsidenten zur Belebung der Wirtschaft.“

Die „Verordnung des Reichspräsidenten zur Belebung der Wirtschaft“ wurde kurz nach ihrer Unterzeichnung durch den Reichspräsidenten im Reichsgesetzblatt veröffentlicht. Das Verordnungsblatt ist das größte aller bisher erlassenen und umfaßt sieben Seiten im Gesamtumfang. Es gliedert sich in vier Teile, und zwar:

1. Entlastung der Wirtschaft,
2. Sozialpolitische Maßnahmen,
3. Kreditpolitische Maßnahmen,
4. Finanzpolitische Maßnahmen.

Das Kernstück bildet die vom Reichspräsidenten in München angekündigte Ermächtigung zur Einführung von Steuererleichterungen in Höhe von 1,5 Milliarden Mark sowie zur Aussetzung von Prämien in Höhe von insgesamt 700 Millionen Mark für Neueinstellung von Arbeitstätigen, d. h. je Neueinstellung 400 Mark jährlich. Der Umfang für die Aussetzung dieses Programms ist der 1. Oktober 1932.

Die Notverordnung wurde mit folgender

amtlichen Mitteilung

der Öffentlichkeit übergeben:

Alle feierlichen Bemühungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit haben keinen durchgreifenden Erfolg gehabt. Die Reichsregierung mußte sich daher zu weitgreifenden und einschneidenden Maßnahmen entschließen. Diefem

Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit

soll neben anderen in Vorbereitung befindlichen Maßnahmen die Verordnung vom 4. September 1932 dienen. Die bisherigen Erfahrungen haben ergeben, daß eine noch so große Ausweitung der öffentlichen Aufträge für sich allein niemals ein solches Maß an Arbeit schaffen kann, wie es zur wirksamen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erforderlich ist. Neben einer Erweiterung des Programms für öffentliche Arbeiten, dessen Bedeutung durch die Maßnahmen der Regierung durchaus anerkannt wird, müssen deshalb wirksame Maßregeln zur

Belebung der Privatwirtschaft

treten. Die Regierung trifft diese Maßnahmen, weil sie überzeugt ist, daß die Privatwirtschaft noch immer den besten Weg für eine rationelle Bekämpfung der wirtschaftlichen Bedürfnisse der Menschen darstellt und daß es deshalb darauf ankommt, die in ihr schlummernden Kräfte zu wecken.

Alle Maßnahmen der Regierung haben den Zweck, die wirtschaftliche Not des deutschen Volkes nach Kräften zu beheben und zu lindern. Dieses Ziel würde nicht erreicht werden, wenn die zu ergreifenden Schritte im härtesten Verlauf zu wirtschaftlichen Rückschlägen führen könnten. Deshalb muß alles vermieden werden, was die

Stabilität der Währung

irgendwie beeinträchtigen könnte; die wirtschaftlichen Bestimmungen der Verordnung sind in enger Zusammenarbeit mit der Reichsbank ausgearbeitet worden.

Die Lebenshaltung und die Konsumkraft der breiten Schichten der Bevölkerung ist infolge der Deflation tief gesunken. Diese Entwertung läßt sich wirksam nur bekämpfen durch eine

grundlegende Besserung der Lage des Arbeitsmarktes.

Die Verordnung gewährt deshalb der Wirtschaft nur dort Erleichterungen, wo eine unmittelbare Belebung der Produktion und damit des Arbeitsmarktes mit Sicherheit zu erwarten ist. Hieraus erwächst der Privatwirtschaft die Verpflichtung, alles zu tun, um zunächst den Produktionsapparat für die zu erwartenden Aufgaben in Stand zu setzen. Sie muß sich dieser Verpflichtung bewußt sein und danach handeln.

Bei der jetzigen Wirtschaftslage gilt es, den nach Erreichung des Tiefpunktes der Krise zu erwartenden natürlichen Aufschwung der Wirtschaft vorzubereiten. Hierzu dient zunächst das umfassende Programm für die

Bornahme öffentlicher Arbeiten.

Das mit der neuen Verordnung verbunden ist. Der Öffentlichkeit ist nicht genügend bekannt, daß die ursprünglich hierfür vorgesehenen Mittel inzwischen sehr erheblich erhöht worden sind. Es kann auf einen Gesamtumfang der öffentlichen Stellen für solche Zwecke von nahezu 2 Milliarden Mark in den nächsten Monaten gerechnet werden. Die Einsetzung dieser Mittel wird eine unmittelbar wirksam werden.

Nachfrage nach wichtigsten Produktionsmitteln hervorgerufen und damit einen weit über den Kreis der beteiligten Wirtschaftskreise hinausreichenden belebenden Einfluß auf die gesamte Wirtschaft ausüben. Diesem von den öffentlichen Aufträgen ausgehenden Antrieb der Volkswirtschaft wird nun auf breiter Grundlage ein für die Privatwirtschaft bestimmter Antrieb hinzugefügt.

Die Beschäftigungsprämie.

zu der sich die Regierung trotz mancher Bedenken entschlossen hat, wird insbesondere den kleineren und mittleren Betrieben, die verhältnismäßig zahlreiche Arbeiter beschäftigen, zugute kommen. Sie bietet einen starken Anreiz auf erweiterte Beschäftigung der Arbeiter. Sie wird weiter eine billigere Kostenberechnung ermöglichen, damit Preissteigerungen vorgehen und die Verbreiterung des Absatzes fördern. Die Beschäftigungsprämie bedeutet endlich eine sehr fühlbare

Entlastung aller öffentlichen Haushalte,

besonders der Haushalte der Gemeinden von den Kosten der Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung.

Die Beschäftigungsprämie allein würde ausreichend auswirken können, solange die Mittel mit ständig steigenden Verläufen arbeiten müßten.

Die vorgeesehenen Steuererleichterungen

sie sich nicht auf Einkommen- und Vermögenssteuern ausschließlich auf unmittelbar auf der Verzehrenden Steuern beziehen, sollen die Voraussetzungen dafür schaffen helfen, den Umfang der Produktion zu erhöhen und die Arbeitsbeschäftigten dadurch zu wecken. Die Befreiung der Beförderungsteuer für ein Jahr wird sich in voller Höhe in zusätzlichen Aufträgen auswirken. Die Wiederehrung der Steuer wird nur deshalb gewährt, weil diese Zehrenden trifft, die Umsätze machen und dadurch den Staat fördern. Die Herabsetzung der Grundsteuer — neben der Bereitstellung von bis zu 50 Millionen als Zuschuß zu

Reparaturen für den Hausbesitz

— soll in erster Reihe dazu dienen, die finanziellen ausgleichungen für die Wiederherstellung der seit dem letzten Weltkrieg stark vernachlässigten städtischen und ländlichen zu schaffen. Es war technisch nicht durchführbar, die Ausführung von der Übernahme der Reparaturen unabhängig zu machen; es muß aber erwartet werden, daß die freigemachten Beträge diesem Zwecke zugewandt werden. Die Rückvergütung auf Gewerbesteuer bedeutet eine stark wirksame Entlastung der Produktion.

Für ein Jahr gewährten Steuererleichterungen sind ein Vergünstigung der Steuererleichterungen in Betracht kommen, auf eine Reihe von Jahren verteilten Beträge sind, gemessen am Umfang des Reichshaushalts, verhältnismäßig unbedeutend. Ferner ist damit zu rechnen, daß die Steuererleichterungen nach Überwindung der Wirtschaftskrise reichlich zur Verfügung stehen werden und daß dann die geplante Reform der öffentlichen Verwaltung sich in einer wesentlichen Senkung der Ausgaben ausgewirkt haben wird.

Von der Privatwirtschaft wird erwartet, daß sie durch Vergebung von Reparaturaufträgen, Durchführung privater und öffentlicher Arbeiten und sonstige zusätzliche Produktion die Arbeitsmöglichkeiten bald und erheblich erweitert. Dazu bedarf sie in den meisten Fällen neuer zusätzlicher Kredite. Die Unterlagen hierfür bieten

die Steuergutscheine.

Diese werden deshalb zum Lombard bei der Reichsbank zugelassen. Sie werden darüber hinaus aber auch als Unterlage für zusätzlichen Diskontkredit bei den Banken und bei der Reichsbank dienen. Ferner werden sie an den Börsen gehandelt werden.

Das Wirtschaftsprogramm kommt in erster Linie den mittleren und kleineren Betrieben zugute, weil sie am frühesten und stärksten an der Belebung der Wirtschaft beteiligt sein werden.

Der Hilfe für den gewerblichen Mittelstand dienen auch die Bestimmungen der Verordnung, nach denen erhebliche Beträge für langfristige Kredite an mittlere und kleinere Betriebe sowie für gewerbliche Kreditgenossenschaften und Konsumgenossenschaften, die das Depotsparwesen betreiben, zur Verfügung gestellt werden.

Für die Landwirtschaft

wird die Notverordnung in doppelter Hinsicht erleichternd wirken. Der unmittelbaren Entlastung dient die Ausgabe von Steuergutscheinen in Höhe von 40 Prozent des Steuerbetrages bei der Grundsteuer und die Aufhebung der Umsatzsteuer für pasteurisierte Milch. Mittelbar wird sich das ganze Wirtschaftsprogramm durch

Schaffung von Kaufkraft

belebend auf die landwirtschaftlichen Warenmärkte auswirken. Darüber hinaus hat die Reichsregierung grundsätzlich die Anwendung von Kontingenten zur Entlastung des deutschen Marktes von übermäßiger landwirtschaftlicher Einfuhr beschlossen. Zur

er Kontingentierung,

erfolgen soll, wird mit den Verbänden getreten werden.

Die Entlastung der Zinslasten

erfolgt durch die Verbilligung der Kredite. Diese Maßnahmen dienen, da gegenwärtig 60 Prozent des Wirtschaftsgüter und ihre Zinsen nicht mehr ausbezahlt werden können, sie vielmehr aus

zusammengeschlossenen Maßnahmen umfassenden, auf Verbilligung der Wirtschaftsgüter, Kredit und insbesondere die für die landwirtschaftlichen Betriebe

bedürftigen deshalb zahlreicher, bei deren Beratung den beteiligten Arbeitgebern und Arbeitnehmern gegeben werden wird.

Notverordnung.

den Interessen der Öffentlichkeit ist durch das neue Steuergutscheine

Steuergutscheine erhält jeder, der im Jahre 1932 bis zum 30. September

1934 bis 1939 in einem noch näher zu erläuternden Umfang für Reichsteuern in Zahlung gegeben werden. Gleichzeitig liegt sie aber mit sofortiger Wirkung — und darin bietet das Entscheidende — geeignete Kreditunterlagen für neue Geschäfte.

Als Maßnahme für die Ausbildung von Steuergutscheinen sind besonders produktionshemmende Belastungen gewährt worden,

die Umsatzsteuer und die Kreissteuer (Grundsteuer und Gewerbesteuer).

Steuergutscheine sollen in Höhe von 40 Prozent in der Zeit vom 1. Oktober 1932 bis 30. September 1933 fällig genormener und entlasteter Umsatzsteuer, Gewerbesteuer und Grundsteuer gegeben werden.

Der also in der fraglichen Zeit 1000 Mark Umsatzsteuer, 200 Mark Grundsteuer und 400 Mark Gewerbe-

